



**PDS**

# HAVELbrandung

AUSGABE 3/MÄRZ 2005

[http:// www.pds-stadt-brb.de](http://www.pds-stadt-brb.de)

SPENDE ERWÜNSCHT

## Brandenburg braucht neue Impulse

**Zur aktuellen Arbeitslosenzahl in Brandenburg erklären der Landesvorsitzende der PDS, Thomas Nord, und die Vorsitzende der PDS-Landtagsfraktion, Dr.**

**Dagmar Enkelmann:**

Während Bundeskanzler Gerhard Schröder sich im Ausland hofieren lässt, erklimmt die offizielle Arbeitslo-

im Lande Brandenburg endgültig klar: Weder mit der Hartz-IV-Reform noch mit Steuergeschenken an Ver-

Brandenburger Landesregierung, sich ernsthaft für einen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik einzusetzen. Mit besserer Vermittlung die Arbeitslosigkeit zu senken, bleibt gerade in Ostdeutschland eine Illusion, solange nicht neue Stellen entstehen. Damit das passiert, muss auch die Landesregierung in Potsdam aus ihrer Lethargie erwachen und dafür sorgen, dass Brandenburg als Ganzes wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Impulse erhält. Dazu gehört nach Ansicht der PDS ein beschäftigungspolitisches Programm für Brandenburg. Wer sich nur auf die so genannte Metropolenregion verlässt, lässt viele Menschen mit ihren Problemen im Stich. Auf den demografischen Wandel zu setzen, um die Jobprobleme zu lösen, hieße, auf den Sankt Nimmerleinstag zu warten.



senzahl einen neuen Rekord. Bundesweit waren im Februar 5,216 Millionen Menschen ohne Arbeit. Auch in Brandenburg erreichte die Arbeitslosigkeit einen bisher nicht gekannten Gipfel. Wir fordern vom Hauptverantwortlichen für dieses Desaster: Kehren sie um, Herr Schröder, machen Sie eine andere Politik, kümmern Sie sich endlich um die Millionen registrierter wie nicht registrierter Erwerbslosen. Mit der Februarbilanz der Arbeitsagenturen ist auch

mögliche und Unternehmen wurde ein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen. Als allerneueste Zumutung von Hartz IV müssen die Menschen erleben, wie sich Ministerien, Ämter und Behörden gegenseitig die Schuld für steigende Kosten zuschieben. Der Streit, welcher Langzeitarbeitslose erwerbsfähig ist oder nicht, offenbart die katastrophalen Fehler der übers Knie gebrochenen Reform. Weil vom Bund offenbar keine Bewegung zu erwarten ist, verlangen wir von der

### Inhalt

**Seite 2**  
**Interview mit**  
**Armin Schubert**

**Seite 3**  
**Aus dem Bundestag**

**Seite 4-7**  
**Aus dem**  
**Stadtverband**

*Eine bessere Politik ist möglich.*

## Neue Stützpunkte zur Katastrophenbekämpfung

Neue Stützpunkte zur Katastrophenbekämpfung werden im Land Brandenburg errichtet, um im Ernstfall eine bessere, wirksame Bekämpfung zu ermöglichen. Für Katastrophen, die von einzelnen Politikern oder ganzen Regierungen angerichtet wurden, sind sie allerdings nicht zuständig.

## Neueinstellung

Die BBV Baustahl- und Blechverarbeitungsgesellschaft - hat sowohl im vergangenen Jahr als auch in diesem Jahr 8 neue Mitarbeiter eingestellt, diese Erfolgsmeldung fanden wir am 19. Februar in der Tageszeitung. - Wenn das so weitergeht, werden in 100 Jahren 800 neue Mitarbeiter eingestellt und die Zahl der Arbeitslosen wird sich entsprechend verringern - allerdings die Zahl der Einwohner auch, wenn es auf dem Arbeitsmarkt keinen stärkeren Aufwärtstrend gibt.



## Interview mit Armin Schubert, dem Schöpfer von Sonnensegel

*Wie alt ist Sonnensegel eigentlich?*

Entstanden ist Sonnensegel eigentlich schon 1987, aber damals war die Kreisleitung der Meinung, so etwas würde nicht gebraucht. Am 1. Juni 1990 konnte das Konzept erstmals erprobt und die erste Ausstellung im Museum gezeigt werden.

*Was ist der Sinn von Sonnensegel?*

Wir wollen die kulturelle Bildung der Kinder und Jugendlichen verbessern und ihnen damit Möglichkeiten zur Orientierung im Dschungel der Medien eröffnen. Dabei hat die kulturelle Bildung auch eine wichtige soziale Funktion, vor allem bei der Integration von Behinderten. So geschehen zum Beispiel in der Aufführung des „Sonnengesang“ des Franz von Assisi, wo die Kinder die Masken, Kostüme und Bilder selbst entwickelten. Das haben die behinderten ebenso umgesetzt, wie die nicht behinderten. Wir arbeiten nach der Devise: „Dass, wer kulturelle Bildung fördert dem Innenminister weniger geben muß (für Strafverfolgung u.ä.)“

*Der Druckladen ist ja derzeit gefährdet. Was geschieht deshalb?*

Mit einer Auktion am 10. März 2005 in der Vertretung des Landes Brandenburg in Berlin, für die uns viele Künstler, z.B. Horst Antes, Anatoli Kaplan, Gisela Kohl, Pablo Neruda u.v.a., Kunstwerke und bibliophile Bücher zur Verfügung stellten, hoffen wir, den Druckladen erhalten zu können. Herausheben will ich ein von der Familie Kollwitz zur Verfügung gestelltes echtes Selbstporträt von Käthe Kollwitz. Kleiner Seitenhieb zur Politik: „Allein das, was Herr Langerwisch fürs Nichtstun bis zum Ende seiner Amtszeit bekommt, würde für 5 Jahre Arbeit von Sonnensegel (mit Druckladen) reichen.“

*Was gibt es sonst noch an Projekten bei Ihnen?*

Wir beteiligen uns am Bundesmodellversuch zum „Kompetenznachweis Kultur“, der unter der Überschrift steht „Seht, welch ein Mensch“. Zudem haben wir ein Jugendprojekt mit Jugendlichen aus Vilnius begonnen. Es

will die neuen Mitglieder der EU, in diesem Falle Litauen, mehr nach Europa „hereinholen“ im Sinne von miteinander bekannt machen. Außerdem bereiten wir eine „Buddhismus - Ausstellung“ gemeinsam mit dem Fo-Guang-Shan-Kloster Taiwan / Berlin und der Taiwan - Vertretung vor. Sie soll ab Januar 2006 zu sehen sein.

*Wie kann man Ihnen bei all dem helfen?*

Zuerst einmal, indem eine möglichst hohe Beteiligung bei der Auktion erzielt wird. Wer nicht zur Auktion nach Berlin kommen kann, kann bei uns anrufen (Tel.: 03381 / 52 28 37) und dort näheres erfahren. Unsere langjährige Unterstützung verdanken wir auch der PDS. So fand am 1. März ein Gespräch mit den Landtagsabgeordneten der PDS, Frank Hammer und Torsten Krause, statt.

*Ich bedanke mich bei Ihnen, daß Sie Zeit für mich hatten und wir ein gehaltvolles Gespräch führen konnten.*  
Ralf Gerhard

## Aus dem Bundestag von Petra Pau

### Merkel will rot-grüne Fehler potenzieren

Die CDU-Vorsitzende will die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ein bis eineinhalb Prozentpunkte senken. Dazu erklärt Petra Pau, PDS im Bundestag: Verlässlich plappert die CDU-Vorsitzende nach, was ihr die Arbeitgeberverbände vorgaben. Dass sie damit in der Sache daneben liegt, ficht sie nicht an. Die Behauptung: Eine Senkung der Arbeitgeberbeiträge um ein Prozent würde 100.000 Arbeitsplätze schaffen. Belege: keine.

Gegenargument 1: Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber in Deutschland liegen deutlich unter denen in Frankreich, Belgien oder Schweden. Dennoch ist Deutschland Exportweltmeister.

Gegenargument 2: Die Schwachstelle der deutschen Wirtschaft ist der Binnenmarkt. Es mangelt an Kaufkraft. Deshalb muss die Nachfrage gestärkt werden. Die Schwächung der Sozialleistungen bewirkt das Gegenteil.

Gegenargument 3: Nach der Merkel-

Logik müssten die Arbeitgeber-Beiträge um 50 Prozentpunkte gesenkt werden, um die Massenarbeitslosigkeit von 5 bis 7 Millionen direkt Betroffenen aufzulösen. Das wäre viel mehr, als die Arbeitgeber real zahlen. Also auch hier:



Religion gut, Mathe sechs.

Fazit: Merkel attackiert nicht die rot-grüne Politik. Sie potenziert deren Fehler.

### Gesellschaftlicher Ratschlag statt Paragrafen-Hektik

Die Bundesregierung und die rot-grüne Koalition wollen das Versammlungs- und Strafrecht verschärfen, um rechts-

extreme Aufmärsche unterbinden zu können.

Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Innenausschuss: - Bürgerrechtler, Politikwissenschaftler und Rechtskundige warnen dringend vor Änderungen

im Versammlungs- und Strafrecht, allemal vor Schnellschlüssen. Die Gefahr, dass sie vom Verfassungsgericht kassiert werden, ist riesengroß.

- Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem »Brokdorf-Urteil« das Demonstrationsrecht als »unentbehrlich und grundlegend« für die Demokratie außerordentlich hoch angesiedelt. Linke haben das immer begrüßt.

- Demonstrationen, die vom Inhalt und vom Ort her auf die Verherrlichung oder Verharmlosung des NS-Regimes oder auf die Verhöhnung seiner Opfer zielen oder zum Hass gegen andere aufstacheln, können bereits mit dem geltenden Recht untersagt werden.

- Vor allem lenkt die ausgelöste Paragrafen-Hektik von der eigentlichen Herausforderung ab, nämlich der grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den Ursachen von Rechtsextremismus, Rassismus und Neo-Faschismus.

- Deshalb plädiere ich für einen »gesellschaftlichen Ratschlag gegen Rechts«. Eine solche Initiative - aus dem Bundestag heraus, in die Gesellschaft hinein - wäre sinnvoller und weitsichtiger, als der fragwürdige Versuch, dem Rechtsextremismus mit einer Lex NPĐ beikommen zu wollen.

### Ein weiteres Modul zum Gläsernen Bürger«

Per 1. April 2005 soll das »Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit« in Kraft treten. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Innenausschuss:

Was so harmlos und gut klingt, ist in Wahrheit falsch und gefährlich. Das Gesetz setzt eine weitere Handhabe zur Durchleuchtung aller Bürgerinnen und Bürger. Sie werden gläsern, diesmal über staatliche Zugriffe auf ihre Bankkonten und einen weit reichenden Abgleich mit anderen persönlichen Daten.

Das »Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit« ist ein weiteres Modul in einem Gesamtsystem. Dazu gehören Überwachungen der Telekommunikation, des Wohnraums, der Finanzbewegungen, der Sozialbeziehungen, der Verkehrsströme und vieles andere mehr.

Einzeln und komplex betrachtet halte ich das Gesetz für grundrechtswidrig. Es weist den Weg zum Überwachungsstaat, nicht allmählich, sondern auf der Überholspur.

### Weniger Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen sind im Januar 2005 drastisch zurückgegangen. Dazu erklärt Petra Pau, PDS im Bundestag:

Insbesondere der Steueranteil großer Unternehmen fällt weiter in den Keller, obwohl sie erkleckliche Gewinne verbuchen. Ihr Anteil an den Gesamtsteuern rangiert heute nur noch bei 15 Prozent. Das widerlegt

die Behauptung: »Geht es den Unternehmen gut, dann geht es allen gut!«. Das Gegenteil ist der Fall: Die Arbeitslosigkeit steigt und der Sozialstaat verarmt.

Trotzdem wollen CDU/CSU, FDP sowie große Teile der SPD und der Grünen die »Unternehmens-Last« weiter senken. Das ist absurd, ungerecht und unsozial.

## 60 Jahre Volkssolidarität

1945 - Kriegsende. Jeder betroffene Mensch erlebte diese Situation anders.

Da war Katzenjammer, Resignation, Apathie, Furcht vor der Abrechnung der Sieger, aber auch Erleichterung und ein starkes Glücksgefühl, der Hölle des Krieges entronnen zu sein. Doch dann erfolgte die Ernüchterung in der Konfrontation mit dem Alltag: Trümmerfelder, Schutt und Asche, Berge von Leichen, Seuchen und Minenfelder, Kranke, Verletzte, Umherirrende, Ausgebombte, Vertriebene, Hunger, kein Wasser, Strom und Gas - Chaos überall. Die Situation war scheinbar aussichtslos. Aber da rührten sich in allen Dörfern und Städten Kräfte des Lebens. Spontan kamen Menschen zusammen, die zur gegenseitigen Hilfe aufriefen und die anderen aus ihrer Letargie rissen.

Ein Gedanke verbreitete sich in Windeseile: „Gemeinsamer Wille lindert die Not“. So entstand vor 60 Jahren die Volkssolidarität aus dem Gedanken heraus, dass alle Menschen solidarisch zusammenstehen müssen.

Am 26. Oktober 1945 kamen über 3000 Delegierte aus allen Teilen der sowjetisch besetzten Zone in Dresden zur Gründungskonferenz zusammen. Aus vielen kleinen Hilfsmaßnahmen konnte sich nun planmäßig eine umfassende Aktion gegen die Nachkriegsnot entwickeln.

### Nach Neuruppiner Beispiel?

Auch wenn Herr von Kekulé offensichtlich den Wunsch hatte, erneut Stadtverordnetenvorsteher zu werden, so wird sich dieser Wunsch doch nicht erfüllen. Die CDU hat Thomas Krüger nominiert, die PDS Dr. Horst Maiwald. Übrigens - OB Tiemann will unserer PDS-Beigeordneten Birgit Hübner die Möglichkeit geben, sich gleichzeitig um das Amt des Bürgermeisters zu bewerben und dann nur noch einen

Heute, 60 Jahre danach, ist die Solidarität der Menschen untereinander genau so notwendig. Die gesellschaftliche Kälte, Gesundheits- und andere Reformen, das Abtriften der Menschen in „Hartz IV“ und viele andere Maßnahmen der Regierung, die sich vor allem gegen Alte, Kranke, Kinder und Arbeitslose richten, machen das soziale Zusammenstehen der Menschen zwingend notwendig. Die Volkssolidarität, heute Mitglied des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Deutschlands, setzt dafür ihre ganze Kraft ein und ist auch in unserer Stadt präsent. Wenn in diesen Tagen also Helfer der VS vor Eurer Tür stehen und um eine Spende für die Volkssolidarität bitten, solltet Ihr Euch diesem Anliegen nicht verschließen. Die Listensammlung der Volkssolidarität, die alljährlich durchgeführt wird, findet in der Zeit vom 01. - 21. März 2005 statt. Die fleißigen Helfer der Stadt sammeln für einen guten Zweck:

- Finanzierung der Betreuung älterer und hilfsbedürftiger Menschen
- Finanzierung der Arbeit der Begegnungsstätten - wir haben in der Stadt 3 solcher Einrichtungen
- Mitfinanzierung der Suppenküchen
- Finanzierung sozial - kultureller Veranstaltungen. Denken wir also alle immer wieder daran: Solidarität ist eine Alternative, um die Eiseskälte in der heutigen Gesellschaft zu ertragen. S. Ihlenfeld

weiteren Beigeordneten wählen lassen. Oder ändert sich da einiges, weil die SPD nun doch weiter dabei sein will?

Wie hatte doch unser Landtagsabgeordneter Otto Theel gesagt: In Neuruppin gab es eine gute Zusammenarbeit von PDS und CDU - zum Wohle der Stadt. Das würde auch Brandenburg gut tun! Aber ob das möglich ist?

## Zum Nachdenken

Angst vor Armut mobilisiert; denn in unseren Breiten empfinden wir es beinahe als Schande, arm zu sein oder als arm zu gelten. Mehr scheinen als sein ist für viele Mitbürger eine anerkannte Lebensregel. Es wird unablässig nach dem Besitz der Nachbarn geschielt. Dessen offensichtlicher Erfolg spornt auch den eigenen Ehrgeiz an. Soweit, so gut. Doch es drängt sich die Frage auf, warum wir unseren Vorstellungen nach denen der anderen ausrichten. Wesentlich wichtiger ist, sich mit der oft zu beobachtenden geistigen Armut zu beschäftigen. Dieser eigentlichen Armut gilt es zu entkommen!!! Materieller Reichtum ist kein Ausgleich für geistige Armut. Geistiger Reichtum läßt nie arm sein. Nur wird diese Erkenntnis leider allzu oft verdrängt.

Dazu eine Anekdote:

Ludwig van Beethoven erhält von seinem Bruder, einem Gutsbesitzer, eine Einladung zu einem „Hofball“. Da er sich mit seinen Kompositionen frühen Ruhm in den Adelssalons erworben hatte, wollte auch sein Bruder mit der Berühmtheit Ludwigs glänzen. Er ließ ihm also mitteilen, dass er ihn erwarte und wünsche, von seinen Werken etwas zu Gehör zu bringen und erklärte ihm, welche Honorationen des Landadels als Gäste zu erwarten seien. Er unterschrieb die Einladung mit „Hochachtungsvoll“ Dein Bruder K. van Beethoven, Gutsbesitzer.

Darauf teilte Ludwig seinem Bruder die Absage zu dieser „Hofparty“ mit und unterschrieb seinen Brief: Hochachtungsvoll, Ludwig van Beethoven, Hirnbesitzer.

Sigrid Ihlenfeld,  
Wilfried Weise

### Stahlhalle, begehrter Veranstaltungsort

Immer wieder finden jetzt interessante Veranstaltungen in der Stahlhalle statt. Alle aufgelisteten Mängel sind wohl behoben. Auch die Bühne dort ist sehr stabil und hält größeren Belastungen stand. Den Beweis dafür erbrachten die irischen Steptänzer - darunter Weltmeister - die mit ihren furiosen tollen Tänzen gut 700 Bürger begeisterten.

## Hartz IV Thema bei der AG-Senioren

Die AG „Senioren“ beim Stadtverband der PDS hatte zu ihrer Sitzung am 17.02.05 die Genossin Birgit Hübner eingeladen, und sie ist trotz vieler anderer Termine gekommen. Wir wollten von ihr wissen, wie sie als Beigeordnete für Soziales, Gesundheit, Schule und Sport es schafft, die gesetzlichen Regelungen von Hartz IV durchzusetzen.

Zu Beginn ihrer Ausführungen betonte Birgit, dass sie als PDS-Mitglied zu Hartz IV keine andere Position einnimmt, als die gesamte PDS und die Gewerkschaften.

Hartz IV ist ungerecht und bringt keinen zusätzlichen Arbeitsplatz.

Es ist ein sehr hartes Brot, dieses Gesetz umzusetzen. Aber wenn man in dieser Funktion ist, muß man versuchen, das Beste daraus für die Menschen zu machen und dafür zu sorgen, dass die Betroffenen zu ihrem Geld kommen, so die Meinung von Birgit. Es ist schon die erste Ungerechtigkeit, dass nach 14 Jahren Einheit die Arbeitslosen im Osten 8-16 Euro monatlich weniger erhalten als im Westen.

Ein großer Fehler war, dass Bundesminister Clement im Sommer die sogenannten 1-Euro-Jobs aufgerufen hat. Dies führte zu vielen Irritationen, auch bei Unternehmern. Die Arbeitslosen wurden verunsichert, fühlten sich unter Druck gesetzt und ausgepowert. Der von der Arbeitsagentur für Arbeit in Nürnberg entwickelte 16-seitige Fragebogen war für viele Betroffene sehr problematisch und eine Zumutung.

In Brandenburg an der Havel wurden die vorliegenden Zahlen von Betroffenen, die Arbeitsagentur und Sozialamt vorlagen, zusammengefasst.

Im November 2004 ist man dabei auf 5400 Bedarfsgemeinschaften, d.h. Ehepaare und Familien gekommen. Dann gingen die ersten Fragebögen ein und schon stimmten die Zahlen nicht mehr. Sie stiegen im Dezember auf 7000 und im Januar 05 auf 8000 Bedarfsgemeinschaften. Genossin Hübner berichtete weiter, dass nur wenige Monate Zeit waren, um nicht nur zwei Versicherungsträger, sondern auch die zwei Ämter, d.h. Arbeitsagentur und Sozialamt, zusammenzulegen. Der Ge-

setzgeber hat eine „Arbeitsgemeinschaft“, als Institution ausgerufen, was es in der BRD noch nie gegeben hat. In der sogenannten „ARGE“ sind die Mitarbeiter beider Ämter zusammengefaßt. Diese besteht seit 01.01.05.

In Brandenburg wurde ein Modell entwickelt, dass jeder „Hartz-IV-Empfänger“ in diesem neugeschaffenen Amt nur einen Ansprechpartner hat, der ihn in Zukunft begleitet und versucht, den Betroffenen in einer anderen Form wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Bekanntlich war es für die Arbeitslosen unerträglich, dass sie in der Arbeitsagentur nach langer Wartezeit von einem zum anderen geschickt wurden, ohne dass dabei etwas für die Betroffenen herauskam. Ein weiteres Spannungsfeld ist die Wohnungsfrage. Der Gesetzgeber hat sich auf die Größe der Wohnung und nicht auf den Mietpreis konzentriert. Tatsache aber ist, dass eine große nicht rekonstruierte Wohnung billiger ist, als eine moderne kleine. In Brandenburg an der Havel wurde die Wohnungsrichtlinie zugrunde gelegt, sodass Alleinstehende z.B. anstatt auf 40m<sup>2</sup> jetzt auf eine 50m<sup>2</sup> Wohnung Anspruch haben. Und wenn ein Betroffener im Rahmen der Mietkosten bleibt, muß er nicht umziehen. Das erspart ihm Umzugskosten und den Vermietern Leerstand. Diese Verfahrensweise wurde mit den Wohnungsgesellschaften abgestimmt. Die Bescheide von der Arbeitsagentur in Nürnberg sind gar nicht von jedem lesbar. So erkannten viele Betroffene nicht, dass Miete und Betriebskosten in dem zu überweisenden Betrag enthalten sind. So besteht die Gefahr, dass viele Mietrückstände auflaufen.

Die Mitarbeiter des Sozialamtes haben mit den Wohnungsgesellschaften gesprochen und angeregt, dass diese mit ihren Mietern die monatliche Abbuchung bzw. den Einzug der Miete vereinbaren, so dass erst gar keine Mietrückstände entstehen können.

In Brandenburg gab es 7 Fälle, bei denen von der Arbeitsagentur in Nürnberg kein Geld an die „HartzIV - Empfänger“ überwiesen wurde. Die Mitarbeiter des Sozialamtes haben nach Be-

kanntwerden dieser Fälle ganz unbürokratisch gehandelt und den Menschen ihr Geld gegeben. Nun gibt es in unserer Stadt Diskussionen darüber, dass die bisherigen Standorte der Arbeitsagentur in Hohenstücken und des Sozialamtes in der Potsdamer Strasse zusammengelegt werden. Einige Leute fürchten für die Geschäfte in Hohenstücken. Es geht aber um die Menschen, die mit Hartz IV leben müssen. Die „ARGE“ muß einen Standort haben, wo die Betroffenen alles unter einem Dach finden und nicht durch die ganze Stadt touren müssen. Dafür sind Räume im ehemaligen Brennabor - Gelände vorgesehen. In der anschließenden Diskussion betonten die Genossen noch einmal, dass die PDS gegen Hartz IV ist. Doch es ist ein Gesetz. Die Genossen, die in solchen Funktionen sind, wie Birgit Hübner, müssen aus der Situation das Beste machen und das Gesetz so durchsetzen, dass es für die Menschen einigermaßen erträglich ist. Dies kommt einem Spagat gleich. Daher sollten wir anerkennen, was Birgit und GenossInnen in ähnlichen Funktionen leisten. Wenn wir als SeniorInnen auch nicht direkt betroffen sind, so haben wir doch Kontakt mit Betroffenen in den Familien.

Darum danken wir auch heute unserer Genossin Birgit Hübner für ihre Ausführungen zur Umsetzung von Hartz IV in Brandenburg an der Havel und hoffen, dass auch der Leser dieser Zeilen davon profitiert.

*Brigitte Falkenberg*

### Aufschub für erhöhte Müllgebühren

Noch einem Jahr Aufschub gibt es für die Explosion der Müllgebühren. Dagegen erhöhen sich die Preise für Strom, Gas und Fernsehen schon in diesem Jahr. Auch Fahrkarten werden teurer, sowohl für die Straßen- als auch für die Eisenbahn. Aber bei Renten, Löhnen und Gehältern, Arbeitslosengeld und Bezügen nach Hartz IV ist keine Erhöhung garantiert.

## **BO Görden 1 im Kampf gegen Rechtsradikalismus**

Die Genossinnen und Genossen legten Rechenschaft über ihre geleistete Arbeit ab. Die BO Görden führte viele Veranstaltungen im Geiste der Freundschaft mit allen ausländischen Bürgern unserer Stadt durch. Beispiele dafür sind die Kinder- und Familienfeste, das Regenbogenfest, Buchlesungen und Wahlveranstaltungen zu den Europa- und Landtagswahlen.

Das Besondere an der Arbeit in der BO war immer die Einbeziehung der Ehepartner unserer Genossen, der Sympathisanten, vieler Organisationen, des SOS-Kinderdorfes und des Jugendklubs auf den Görden. Auch mit dem Ausländerbeirat unserer Stadt wurde eng zusammengearbeitet.

Besorgt sind unsere Genossinnen und Genossen über das Erstarren des Neofaschismus und die Kooperation zwischen DVU und NPD.

Aus eigener Erfahrung haben vor allem die älteren Genossinnen und Genossen erzählt, wie sie Faschismus und Krieg erlebten. In den 30-er Jahren als Massenarbeitslosigkeit den Boden für das Aufgehen der braunen Brut lieferte. Auch damals gab man den Juden, den Ausländern und den Linken die Schuld am Elend in Deutschland.

Die Schlussfolgerung, die unsere Genossen zogen, war, dass wir mit vielen unterschiedlichen Kräften zusammen gegen DVU und NPD kämpfen wollen. Die Älteren werden ihre Erfahrungen vor jungen Menschen darlegen. Wir wollen die Kinder und Jugendlichen des Jugendklubs in unsere Arbeit einbeziehen und mit ihnen gemeinsam das Kinder- und Familienfest am 05. Juni 2005 vorbereiten. Der neue BO-Vorstand Rosi Musehold, Jürgen Barz, Mehmet Koprücü

## **Erholung im Hotel „Am Wald“ in Elgersburg bei Ilmenau - eine „Erste Adresse“!**

Unser Bundesvorsitzender Lothar Bisky hat uns in seinem Brief zum Jahreswechsel das Hotel „Am Wald“ in Elgersburg als ein modernes Haus mit einer langen linken Geschichte empfohlen. Die AG „Seniorenpolitik der PDS“ in Potsdam kann das nur bestätigen. In Zusammenarbeit mit einem kleinen Reiseunternehmen wurden seit 1997 mehr als 30 Mehrtagesfahrten mit unterschiedlichen Programmangeboten organisiert. Für manchen Potsdamer Linken ist UNSER Hotel schon fast ein zweites Zuhause geworden. Warum sollte das nicht auch für euch Brandenburger zutreffen. Als ehemaliges Kinderheim der Internationalen Roten Hilfe 1925 erworben, unter dem Namen MOPR-Heim in der Geschichte der Arbeiterbewegung bekannt, wurde es nach langem Rechtsstreit mit der Treuhand 1996 Vermö-

gen der PDS (wie z.B. auch das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin) in Verwaltung der Vulkan GmbH., also UNSER Eigentum. Auch in diesem Jahr planen wir Fahrten nach Elgersburg:

Sommertour

10. bis 15. Juli 2005

Herbsttour

18. bis 23. September 2005

Advent

03. bis 05. Dezember 2005

Weihnachten

22. bis 27. Dezember 2005

Für Sommer und Herbst findet ihr Programme in der Anlage. Voraussichtlich werde ich der Reisebegleiter sein. Für euch Brandenburger wäre die Mitfahrmöglichkeit günstig, da der Reisebus nach Elgersburg jeweils um 09.00 Uhr ab Potsdam Hauptbahnhof fährt und die RE-Züge von Brandenburg in 19 Minuten in Potsdam ankommen.

Von Horst Klett Potsdam

## **Gedanken zum Internationalen Frauentag**

Am 8. März begehen wir den Internationalen Frauentag. Woran denke ich da im 2005. Um mit Denise Fusch zu sprechen „Die Geschichte hat uns gezeigt, dass die Sache der Frauen niemals endgültig gewonnen ist“. Frauen werden immer noch auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. In unserer Heimatstadt Brandenburg sind auch Frauen jeder Nationalität, unabhängig ob sie behindert sind, benachteiligt. Es werden weitere Arbeitsplätze für Frauen abgebaut. Dadurch hat sich die Einstellung und das Verhalten der Frauen sowie ihre Lebensplanung verändert.

Bei den Langzeitarbeitslosen beträgt der Frauenanteil 77,8%. ABM - Stellen für Frauen wurden gestrichen. Besonders schwer haben es Frauen im Alter von 40 - 60 Jahren. Dabei hat die Talenteshow der Volkssolidarität gezeigt, dass gerade diese Frauen umfangreiche Talente besitzen und oft viel jünger wirken, als junge Mädchen. Auch ihr Erfahrungsschatz ist sehr wertvoll.

Die PDS in Brandenburg an der Havel hat sich sechs strategische Ziele

gestellt, die ich sehr begrüße. Ziele der kommunalen Frauenpolitik: Strategisches Ziel:

Die Fortsetzung der Gleichstellungspolitik erfolgt so, dass zukünftig bei allen Planungen bzw. politischen Entscheidungen verstärkt die jeweiligen Auswirkungen auf Frauen und Männer wahrgenommen werden und darauf hingewirkt wird, bestehende Nachteile i.S. von Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz abzubauen.

Ziel 1: Fortsetzung der Frauenpolitik in der Stadt Brandenburg an der Havel durch die Implementierung von Gender -Mainstreaming

Ziel 2: Herstellung der Chancengleichheit von Frauen auf dem Arbeitsmarkt durch gezielte Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung

Ziel 3: Erhalt der projektbezogenen Angebote für Frauen in dieser Stadt  
Ziel 4: Erhalt der familienfördernden Angebote

Ziel 5: Stärkung und Vernetzung der Frauenverbände und Frauengruppen

Ziel 6: Abbau von Gewalt gegen Frauen  
Rosi Musehold

## Auf Käte kann man sich immer verlassen

Als die Genossen der Basisorganisation „Walzwerksiedlung“ ihren neuen Vorstand wählten, da gab es ausnahmslos nur „Ja-Stimmen“ für die Frau, deren Namen auf der Liste an erster Stelle stand: Käte Haase.

Seit mehr als 50 Jahren ist sie nun schon in Brandenburg, wurde aber in Pransdorf - ein Stück hinter Ziesar geboren und wuchs dort auf. Was sie als Kind erlebte, das war u.a. dies: Der Krieg nimmt Kindern die Väter, Frauen die Ehemänner und bringt auch sonst viel Leid. Auch ihr Vater gehört zu den Millionen Toten des zweiten Weltkrieges.

Nach der Schulzeit lernte Käte auf der damals noch relativ neuen MTS, wie man den Boden vorbereitet, sät und erntet, einen Traktor fährt und mit anderen land-

wirtschaftlichen Maschinen umgeht. Aber dann zog das junge Mädchen mit ihrer Mutter nach Brandenburg. Sie fand Arbeit bei der Bahn, lernte dort einen jungen Mann, namens Kurt Haase kennen, den wir auch heute noch - nach 50 Jahren - immer an ihrer Seite finden. Die Bahn allerdings tauschte sie 1961 mit dem Stahlwerk. Erst kümmerte sie sich um Ersatzteile, drückte noch einmal die Schulbank und errang die Qualifikation als Industriekaufmann. Jahrzehnte später - nach der Wende - erging es ihr dann allerdings wie vielen, vielen anderen: Ihr Betrieb und ihr Arbeitsplatz wurden „abgewickelt“. Unausgefüllt war ihr Leben aber nicht. Schließlich hat sie gemeinsam mit ihrem Mann ihre drei Kinder aufgezogen. Und diese wiederum sorgten

für 6 Enkel, zu denen dann später 2 Urenkel kamen. Da hat sie sich bestens als Babysitter bewährt. - Doch trotz der großen Familie hat die stets politisch Interessierte auch heute noch nicht den kritischen Blick für die Politik im eigenen Land und der Welt verloren. Der PDS gehört sie seit ihrer Gründung an. Und welche Aufgabe zu erfüllen war, Käte Haase war immer aktiv dabei - engagiert und zielstrebig. So hat sie auch bisher im Vorstand der Basisgruppe mitgearbeitet.

Nun wird sie dort als Vorsitzende aktiv sein. Und jeder, der sie kennt, weiß genau: Auf unsere Käte kann man sich immer verlassen. Sie wird auch diese Arbeit bestens erfüllen.

*Edith Altenkirch*

## Es ist alles relativ!

Wir ehren in diesem Jahr Albert Einstein (1879 - 1955), weil er vor 100 Jahren die spezielle Relativitätstheorie schuf, deren Konsequenzen sich als außerordentlich wichtig für die physikalische Forschung erwiesen. Einstein war Humanist jüdischer Abstammung. Er verehrte Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und wandte sich 1914 gegen Chauvinismus und Militarismus. Einstein emigrierte 1933 in die USA. Nach dem 2. Weltkrieg setzte er sich eindringlich für das Verbot von Kernwaffen ein.

Wir ehren ihn in diesem Jahr als großen Wissenschaftler und Humanisten. Der Einsteinturm im physikalischen Observatorium Potsdam und das von ihm so geliebte Sommerhaus in Caputh sind aus diesem Anlaß neu hergerichtet und zur Besichtigung bereit. Hier der (relativ) schwierige Versuch, Einsteins wichtigste Theorie zu erklären:

Was ist eigentlich die „Relativitätstheorie“?

Physiker Dr. Christian Stegemann erklärt sie: „Die spezielle Relativitätstheorie sagt aus, dass die Lichtge-

schwindigkeit immer konstant ist, also 300 000 km/Sek.

Beispiel: Ein Raumschiff fliegt mit Lichtgeschwindigkeit, macht dann vorne ein Licht an. Ein Beobachter könnte jetzt denken, dass das Licht mit doppelter Geschwindigkeit auf ihn zukommt. Das ist aber falsch. Denn sowohl der Beobachter als auch der Mensch im Raumschiff sehen das gleiche Licht. Demnach vergeht die Zeit im rasenden Raumschiff langsamer als beim stehenden Beobachter. Die Allgemeine Relativitätstheorie bedeutet: Masse krümmt Raum. Das Licht bewegt sich dann auf gekrümmten Bahnen. Beispiel: Man sitzt in einem Raumschiff, das konstant beschleunigt. Aus dieser Beschleunigung entsteht eine Art Anziehungskraft, nach Einstein eine Schwerkraft. Dann zündet ein stehender Beobachter eine Lampe an. Für den Menschen im Raumschiff erscheint der Weg dieses Lichtes gekrümmt. Und das bedeutet, dass in der Nähe von massereichen Objekten mit starker Schwerkraft der Weg des Lichtes gekrümmt ist.“

Alles klar?

*S. Ihlenfeld*

**Wir gratulieren allen unseren Genossinnen und Genossen die im Monat Februar Geburtstag haben besonders unseren Jubilaren**

*23.03. Heinz Debbert  
zum 75.*



## Öffnungszeiten

|            |          |
|------------|----------|
| Montag     | 9-17 Uhr |
| Dienstag   | 9-17 Uhr |
| Mittwoch   | 9-13 Uhr |
| Donnerstag | 9-17 Uhr |

PDS-Geschäftsstelle  
Hauptstraße 48  
14776 Brandenburg

Tel.: 03381 224733

Fax: 03381 229961

Internet: [www.pds-stadt-brb.de](http://www.pds-stadt-brb.de)

E-Mail: [info@pds-stadt-brb.de](mailto:info@pds-stadt-brb.de)

## Termine

### AG-Senioren

Donnerstag 17. März  
15.00 Uhr in der Geschäftsstelle

### Fraktion

Fraktionssitzung 21. März ab  
18.00 Uhr in der Geschäftsstelle

### Vorstand

Vorstandssitzung am Mittwoch  
16. März um 18.00 Uhr in der  
Geschäftsstelle

### Linke Jugend

jeden Dienstag  
ab 17.30 Uhr in der  
Geschäftsstelle

## Stadtverordnetenversammlung

**Mittwoch 30. März ab 16.00 Uhr Stadtverwaltung  
Brandenburg, Potsdamer Str. 18, 14776  
Brandenburg an der Havel**



Besuchen Sie uns doch einfach im  
Internet unter  
<http://www.pds-stadt-brb.de>

**Wir helfen beim  
Widerspruch  
gegen Ihren  
Hartz IV-Bescheid**

## Info - Coupon

### Ich will mehr über die PDS wissen und möchte

- die Havelbrandung regelmäßig erhalten.
- Ich möchte den Bundestagswahlkampf der PDS mit einer Spende unterstützen.
- Mitglied der PDS werden
- Kontakt zu einer PDS-Gruppe in meiner Nähe aufnehmen

**Bitte ausfüllen und zurück an:  
PDS - Geschäftsstelle  
Hauptstraße 48  
14776 Brandenburg**

**Name**

---

**Straße**

---

**PLZ/Ort**

---

## Impressum

Herausgeber: PDS-Stadtverband  
Brandenburg

Verantw. i.s.d.P.: Horst Maiwald  
Redaktion der Havelbrandung unter  
Leitung von René Kretzschmar  
Anschrift: Hauptstraße 48,  
14776 Brandenburg

email: [info@pds-stadt-brb.de](mailto:info@pds-stadt-brb.de)

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit  
der Meinung und dem Stil des Herausgebers  
bzw. der Redaktion übereinstimmen.  
Die Redaktion behält sich das Recht zur  
auszugewiesenen Wiedergabe von Zuschriften  
vor. Für unverlangt eingesandte  
Manuskripte und Bilder übernimmt die  
Redaktion keine Haftung.

Nächster Redaktionsschluss  
31. März 2005